Mittag-Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.



Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 188

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich **drei Mal**, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 15. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe** bis **8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 14. März, 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. **Ahlwardt**, daß er bei der dritten Lesung des Militäretats auf die Angriffe, die er in der Sitzung vom Sonnabend erfahren, eingehend antworten werde. (Abg. Dr. Hermes (Jauer) ruft: Das wird ja ein welterschütterndes Ereigniß werden! Große Heiterkeit links. Abg. Ahlwardt bemerkt: Warten Sie erst ab! Präsident v. Levetzow bezeichnet den Zuruf des Abg. Dr. Hermes als ungehörig.)

Hierauf wird die Einzelberathung des Reichshaushalts für 1893/94 beim Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversen fortgesetzt.

Abg. **Hug** (Konstanz) beklagt sich über verschiedene Schädigungen der badischen Grenz-Industriellen durch den neuen deutsch-schweizerischen Handelsvertrag. Wenn die Reichsregierung sich mit der schweizerischen Zentralbehörde in Verbindung setze, werde vielleicht eine Erleichterung herbeigeführt werden.

Geh. Rath **Huber** sagt Erwägung zu.

Abg. **Scipio** (natl.) begründet folgenden von ihm und dem Abg. Goldschmidt gestellten Antrag: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Behörde oder Stelle zu bezeichnen oder einzusetzen, welche auf Verlangen Auskunft zu geben hat über die Zolltarifsätze, zu welchen bestimmte Waaren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiete zugelassen werden. Die verlangte Zollauskunftsstelle, die vom Reichstage schon 1886 in Form einer Resolution verlangt worden sei, entspreche den Wünschen der Geschäftswelt und werde Gelegenheit bieten, eine fortlaufende Ergänzung des amtlichen Waarenverzeichnisses nach Maßgabe des im Publikum sich geltend machenden Bedürfnisses vorzunehmen.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.) bedauert, daß vom Bundesrathstische aus nicht Stellung zu dem Antrag genommen werde. Der Antrag sei dringend, wie die zahlreichen Beschwerden über zu Unrecht erhobenen Zoll bewiesen. In Zollsachen gebe es in Deutschland kein Recht, sondern nur Willkür der Zollbehörden. Vielfach hätten aber Herren vom Reichsschatzamt vom praktischen Leben keine Ahnung. Um so bedauerlicher sei es, daß die Regierung den Zollbeschwerden nicht abhelfe. Eine Zentralbehörde werde vielen Uebelständen abhelfen.

Staatssekretär Frhr. **v. Maltzahn** bemerkt, er habe bisher nur aus Höflichkeit geschwiegen, um erst beide Antragsteller zu hören. Es sei nicht wahr, daß es in Deutschland kein Recht gebe. Richtig sei allerdings, daß zwischen Bundesrath und Reichstag eine Reihe Differenzpunkte über den Zolltarif und das amtliche Waarenverzeichniß bestehen; aber wo stehe denn geschrieben, daß der Reichstag eine authentische Interpretation in Zollsachen habe? Auch die Regierung wolle die vorhandenen Uebelstände beseitigen, denn ihr mache es kein Vergnügen, den Leuten Unbequemlichkeiten zu machen, aber das geforderte Tarifamt solle authentische Interpretationen geben und verstoße damit gegen die Befugnisse der in dieser Beziehung bereits bestehenden Behörden und gegen die Souveränität der Einzelstaaten. Sollte aber der Reichstag die Resolution annehmen, so werde letztere sorgfältig geprüft werden.

Abg. **Scipio** bestreitet, daß sein Antrag eine Beschränkung irgend welcher Kompetenzen bezwecke; derselbe wünsche nur eine Auskunftsstelle und eine Kompletirung des amtlichen Waarenverzeichnisses.

Staatssekretär **v. Maltzahn** erwidert, daß die Auskunftsstelle niemals selbständig das amtliche Waarenverzeichniß ergänzen könne, denn das sei Sache des Bundesraths.

Abg. Dr. **Brömel** (dfr.) befürwortet die Resolution und fragt, was aus der angeordneten Untersuchung über die Verzollung von Petroleumfässern geworden sei.

Staatssekretär **v. Maltzahn** erwidert, daß dem Bundesrath z. Z. eine Vorlage über diese Materie vorliege. Auch eine Tarifnovelle über eine geringe Aenderung des Zolles auf Baumwollsamen-Oel ist, wie der Staatssekretär auf eine Anfrage des Abg. Scipio versichert, in Vorbereitung.

Die Resolution Scipio und Goldschmidt wird angenommen und der Titel Zölle bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern. Auch der Etat über die Stempelabgaben wird ohne Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsschatzamts. Beim Titel Staatssekretär bringt

Abg. **Merbach** (Reichsp.) die Währungsfrage zur Sprache und polemisirt gegen einige frühere Ausführungen des Abg. Bamberger. Vor Einführung der Goldwährung sei die Silbererzeugung 25 Millionen Mark höher bewerthet gewesen als heute. Die heutige Silberentwerthung ruinire den deutschen Bergbau. Daher seien auch die deutschen Bergleute in den Silbererz-Gruben sehr wesentlich an der Remonetisirung des Silbers interessirt. Nachdem der Staatssekretär des Reichsschatzamts am 16. Februar d. J. erklärt, daß die deutsche Regierung den Bestrebungen zur Hebung des Silberpreises nicht feindlich gegenüberstehe, dürfe er die Regierung wohl bitten, den deutschen Bergmann wohlwollend zu behandeln und der Silberentwerthung zu steuern. Nicht um bimetallistische, der antisemitischen verwandte Agitation handele es sich, sondern um den Hilferuf einer ihrem Elend entgegeneilenden Industrie, die hochgeehrt Jahrhunderte lang zum Segen Deutschlands geblüht und für ganze Länder eine Quelle des Reichthums gewesen sei. Möchte der Hilferuf in letzter Stunde nicht ungehört verhallen (Beifall rechts.)

Abg. Graf **v. Mirbach** (kons.) erklärt zunächst, daß er keine große bimetallistische Debatte beabsichtige, sondern nur auf einige neuliche Ausführungen des Abg. Bamberger antworten wolle. Er thut dies, wobei er u. A. behauptet, daß die Juden das meiste Gold hätten, also für die Goldwährung seien. Seit dem Abschluß der Handelsverträge sei die internationale Währungsfrage so in den Vordergrund aller wirthschaftlichen Fragen getreten, daß dieselbe seinerseits nicht noch besonders angeregt zu werden brauche. Redner polemisirt hierauf gegen die neulichen Ausführungen Bambergers und kündigt schließlich einen Antrag auf Veranstaltung einer Währungsenquete an. Redner wünscht eine Verständigung mit England in der Währungsfrage, aber auch ohne England müsse die Regierung überlegen, wie sie sich die Lösung der Frage denke, denn die Währungsfrage sei eine Lebensfrage für die produktive Thätigkeit (Bravo, rechts).

Abg. **Büsing** (nat.-lib.) bestreitet, daß die Goldwährung in Deutschland das Preisniveau heruntergedrückt und die Silberentwerthung herbeigeführt habe. Beides sei eine Folge der Gestaltung des internationalen Weltmarktes. Er warne dringend, an unserer Währung zu ändern, da das unberechenbare Folgen haben könne.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) spricht sich im Sinne des Abg. Graf Mirbach aus.

Abg. Dr. **Bamberger** (dfr.) protestirt dagegen, daß der Abg. Graf Mirbach ihm die Wohlthat der mildernden Umstände insofern zu Theil werden lassen wolle, daß er sage, die Juden seien für die Goldwährung, ergo müsse auch Bamberger für die Goldwährung sein. (Heiterkeit.) Daß sein Eintreten für die Goldwährung auf so niedrige Motive zurückgeführt werden würde, hätte er nicht erwartet. Seit 25 Jahren sei er neun Mal gewählt worden, aber nicht als Jude oder Christ, sondern als Deutscher von Deutschen. Wenn er gewußt hätte, welche bittere Enttäuschung ihm bevorstände, und auf welche niedrige Motive man das Eintreten für seine Lieblingsfrage, die Goldwährung, zurückführen würde, würde er sich wohl gehütet haben, die Goldwährung schaffen zu helfen. Unwahr sei es, daß die Juden das meiste bewegliche Vermögen besäßen; es gäbe ja nur zwischen 6–7 Millionen Juden auf der Welt. Der verstorbene Bleichröder sei Bimetallist gewesen, und Dr. Arendt, ein eifriger Doppelwährungsmann, sei aus jüdischem Stamm. (Heiterkeit.) Die Hoffnung der Bimetallisten auf England sei eine trügerische, denn bei der letzten großen Währungsdebatte im englischen Unterhause habe Gladstone das Wiederzusammentreten der Brüsseler Münzkonferenz als zwecklos bezeichnet und mit 229 gegen 148 Stimmen sei in diesem Sinne beschlossen worden. Durch den Bimetallismus werde der Ackerbau nicht gerettet, wohl aber werde eine Katastrophe über Deutschland kommen, wenn es die Goldwährung abschaffen wollte; es würde das auf einen freiwilligen Bankerott hinauslaufen. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Nachdem noch Abg. Dr. **v. Freege** (kons.) gesprochen, wird die Debatte geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Graf **Mirbach**, daß Bamberger ihn vollkommen mißverstanden habe. Er appellire an das Urtheil des Hauses, zumal nach der bekannten Stellung, die er Bambergers Religionsgenossen gegenüber einnehme. Er habe nicht verletzen wollen und wisse, was er seiner sozialen Stellung schulde.

Abg. **Bamberger** appellirt ebenfalls an das Haus, ob sein Gefühl, oder das des Grafen Mirbach das richtige sei.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt und hierauf die Berathung bis morgen 1 Uhr vertagt.

Schluß 1/4 7 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 14. März, 11 Uhr.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Kiel.

Die zweite Berathung des **Wahlgesetzes** wird fortgesetzt bei § 2, welcher bestimmt, daß da, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, an deren Stelle die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer tritt.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Frhrn. v. Zedlitz (fk.) vor: Dem § 2 Folgendes zuzusetzen:

Sind solche Gemeinden oder Gutsbezirke mit anderen Gemeinden, in welchen direkte Gemeindesteuern erhoben werden, zu einem gemeinsamen Urwahlbezirke vereinigt, so können die letztgedachten Gemeinden verlangen, daß auch für sie an Stelle der direkten Gemeindesteuern die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer tritt.

Ein Antrag **Weber** (Halberstadt, ntl.) will den Antrag v. Zedlitz dahin modifiziren, daß ihm nur dann stattgegeben wird, sofern der Betrag der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer höher ist als der Betrag der direkten Gemeindesteuern.

Abg. Frhr **v. Zedlitz** (frk.): § 2 hat den Zweck, die Ungleichheiten zu beseitigen, die da entstehen, wo die Gemeindelasten nicht durch direkte Gemeindesteuern aufgebracht werden. Aber auch diese Fassung des § 2 bringt Ungleichheiten für diejenigen Gemeinden mit sich, die mit Gutsbezirken zu einem Urwahlbezirke vereinigt werden und direkte Gemeindesteuern erheben. Es würde leicht ein Gegensatz zwischen dem Großgrundbesitzer und den Bauern entstehen. Um das zu verhüten, haben wir unsern Antrag eingebracht. Den Antrag Weber sehe ich als Verbesserung an und ziehe den meinigen zu Gunsten desselben zurück.

Abg. **Weber** (Halberstadt, ntl.) empfiehlt seinen Antrag.

Abg. **v. Heydebrand u. d. Lasa** (kons.) spricht sich gegen den Antrag aus, da derselbe einige Ungleichheiten des § 2 zwar beseitige, aber andere bestehen lasse, namentlich diejenigen, die entstehen, wenn die direkten Gemeindesteuern der mit den Gutsbezirken zusammengelegten Gemeinden höher sind als die Realsteuern, denn in diesem Falle sind die Gutsbezirke gegenüber den Gemeinden im Nachtheil.

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.): Der Antrag des Abg. Weber schafft komplizirtere Zustände und größere Ungleichheiten als die Regierungsvorlage, mit der sich der Kommissionsbeschluß deckt. Die Schullasten im Westen namentlich würden nach dem Antrage Weber in einigen Gemeinden, wo sie zu den Kommunalsteuern gehören, angerechnet werden, da aber, wo sie zu den Sozietätslasten gehören, nicht angerechnet werden. Wir werden darum gegen den Antrag Weber stimmen.

Abg. **Weber** (Halberstadt) bestreitet, daß die Berechnung auf Grund seines Antrages komplizirt sei.

Darauf wird § 2 unter Ablehnung des Antrages Weber nach der Regierungsvorlage angenommen.

§ 2a bestimmt, daß in Gemeinden, die in mehrere Urwahlbezirke getheilt sind, für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abtheilungsliste gebildet wird.

Ein Antrag v. Benda (nl.) will diesen Paragraphen streichen.

Abg. **Francke** (Tondern, nl.) befürwortet den Antrag v. Benda. Die Drittelung der Urwahlbezirke, wie sie im Einkommensteuergesetz geschaffen worden ist, hat zahlreiche Mißstände zur Folge gehabt. Abg. v. Huene, der damals die betreffende Bestimmung in das Gesetz hineinbrachte, erklärte dasselbe für einen Nothbehelf und als Provisorium. Ja, derselbe Redner sprach sogar die Hoffnung aus, daß von dem Gesetze kein Gebrauch gemacht werden würde. In einem der wohlhabendsten Urwahlbezirke Berlins ist es bei einer Ersatzwahl vorgekommen, daß Leute mit 74 000 Mk. Steuern in der zweiten Klasse wählten, der Reichskanzler sogar in der dritten. Dieser Vorgang hat das Wahlsystem diskreditirt. Unser Antrag ist um so gerechtfertigter, als der Staatssteuerbetrag über 2000 Mark nicht angerechnet wird und statt der Drittelung die Zwölftelung eingeführt ist. Nach den Beschlüssen der Kommission kann es dahin kommen, daß bei den nächsten Wahlen in Berlin N. sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag gewählt werden können. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die Beschränkung hinweisen, die Berlin erfahren hat in der Zahl der Abgeordneten. Denn es kämen ihm nicht neun, sondern nach Einbeziehung der Vororte, die bevorsteht, 30 Abgeordnete zu. Auch das Zentrum wird in den westfälischen Kreisen spüren, wie zweischneidig die von ihm befürwortete Drittelung der Urwahlbezirke wirken kann. Das Wahlgesetz ist mit dem § 2a für meine Partei unannehmbar.

Abg. **v. Heydebrand** (kons.): Eine Gefahr, daß Sozialdemokraten in den Landtag kommen, liegt nicht vor. Der nationalliberale Antrag kann nur dazu dienen, daß das Vertrauen zu solchen Kompromißverhandlungen wankt.

Abg. Frhr. **v. Huene** (Ztr.): Dies Gesetz soll nur die Wirkungen der Steuerreform in plutokratischer Richtung beseitigen. Wir haben die Aufgabe, das in ruhiger maßvoller Weise abzustellen. Die Herren scheinen von dem Blick ins Land sehr wenig zu halten. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Daß der Reichskanzler in der dritten Klasse gewählt hat, stört mich gar nicht. Er übt da sein Wahlrecht aus, wie jeder andere Staatsbürger. Sozialdemokratische Wahlmänner werden wir bekommen, das gebe ich zu, aber die würden wir auch ohne das Gesetz bekommen. Aber daß wir sozialdemokratische Abgeordnete bekommen würden, glaube ich nicht.

Abg. **Parisius** (dfr.): Ich trete einem großen Theil der Ausführungen des Frhrn. v. Huene bei. Wenn es ernst damit werden sollte, daß eine Verschiebung zu Gunsten der Mittelstände eingeführt werden soll, so ist, glaube ich, das Zentrum ebenso wenig, wie die Nationalliberalen, für uns zu haben. Es hat zwar für unsern Antrag gestimmt, aber das nur gethan, weil es überzeugt war, daß wir in der Minderheit bleiben würden. Da machen Sie uns doch keinen Wind vor. (Heiterkeit.) Die Thatsachen, welche Abg. Francke angeführt hat, sind nach meiner Ueberzeugung gar nicht so erschreckend. Wenn die Minister in der dritten Klasse wählen, können sie vielleicht etwas Vorliebe für das allgemeine gleiche geheime Wahlrecht bekommen. (Heiterkeit.) Fürst Bismarck ist ja auch ruhig ins Wahllokal gegangen und hat gleichzeitig mit den Sozialdemokraten gestimmt. Weshalb schlagen die Nationalliberalen nicht vor, daß in der ersten Klasse alle Geheimräthe, Landräthe, Abgeordnete mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Freisinnigen (Heiterkeit) wählen? Daß wir durch den § 2a Sozialdemokraten ins Haus bekommen könnten, glaube ich nicht. Es wäre aber nicht übel; dann könnten wir die Klagen der nothleidenden Arbeiter mit denen der nothleidenden Fideikommißbesitzer vergleichen. (Heiterkeit.) Aus diesen eben angeführten Gründen würde ich gegen den Antrag v. Benda stimmen müssen. Aber ich habe einen gewichtigen Grund, dafür zu stimmen. Ich glaube, wenn der § 2a Gesetz wird, kann eine Wahlkreisgeometrie getrieben werden, die über alles bisher dagewesene hinausgeht. Deshalb werde ich für den Antrag v. Benda stimmen.

Minister des Innern Graf **Eulenburg**: Ich weise darauf hin, daß die Abgrenzung der Urwahlbezirke in Ortschaften von mehr als 1750 Seelen durch dieselben Behörden stattfindet, wie sonst überall. Ich glaube nicht, daß auf Grund des § 2a die Abgrenzung der Urwahlbezirke in anderer Weise als bisher vorgenommen werden könnte. Der § 2a ist von der Kommission nur in der Form geändert worden. Sein Zweck ist derselbe geblieben, er will eine allzu bedeutende Einwirkung der großen Vermögen auf die Wahlen verhindern. Die Fälle, daß z. B. Minister in der dritten Klasse wählen, werden sich etwas vermindern. Ich hoffe, wir werden durch das Gesetz eine Maßregel schaffen, die weit über das Provisorische hinausgeht. Wenn man ein Gebäude für reparaturfähig hält, dann setzt man seine Standfestigkeit voraus. In diesem Sinn bitte ich Sie, für das Gesetz zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.): Ich halte eine Streichung des Paragraphen für unmöglich. Wir haben den Gedanken, welcher in dem freisinnigen Vorschlag liegt, bei der ersten Lesung entschieden vertreten. Wir haben ihn in der Kommission in Paragraphe zu fassen versucht, und als es zur Abstimmung kam, stimmten die Freisinnigen gegen unsern Antrag. (Hört, hört! rechts.) Gewiß, im § 2a liegt eine Verlockung zur Wahlkreisgeometrie. Ich hoffe, daß die Berliner Stadtverwaltung derselben Widerstand leisten wird. (Heiterkeit rechts.)

Abg. **v. Eynern** (ntl.): Der § 2a ist die pièce de résistance für das ganze Gesetz. Für die großen und entscheidenden Bezirke wollen wir kein Gesetz machen, welches die Karikatur eines Wahlgesetzes darstellen würde, welches die Wahlkreisgeometrie befördern würde. Es ist ja natürlich, daß die Partei für den Paragraphen stimmt, welche glaubt, die Herrschaft über die Massen zu haben. Diese Bestimmung wird zweifellos den wilden Elementen im Staatsleben Vorschub leisten. Diesen Elementen wollen wir nicht die Macht in die Hände geben. Diese Bestimmung würde uns die Annahme des ganzen Gesetzes unmöglich machen.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (frk.): Die Herren vom Zentrum nehmen den § 2a als Abschlagszahlung an. Ihr Ziel ist die Einführung des allgemeinen geheimen gleichen Wahlrechts. Ich bitte Sie, den § 2a zu streichen.

Abg. **Parisius** (dfr.): Es mag ja zu den neuen Gewohnheiten gehören, daß hier im Hause ganz genau über die Abstimmung der Kommissionsmitglieder gesprochen wird. Dazu werden doch die Kommissionsmitglieder nicht in die Kommission geschickt, damit sie nach einem festen Plan arbeiten. Herr Bachem hätte sich das Pathos ruhig sparen können. In absehbarer Zeit wird ja doch das Landtagswahlrecht durch die Reichstagswahl verdrängt werden.

Die Besprechung wird hierauf geschlossen.

In persönlicher Bemerkung weist

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.) darauf hin, daß in der „Freisinnigen Zeitung, begründet von Eugen Richter“, stets über Kommissionsverhandlungen mit Nennung der Namen berichtet werde.

Der § 2a wird entgegen dem Antrag Benda in *namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 142 Stimmen angenommen.* Dafür stimmen geschlossen die Konservativen und das Zentrum.

Zu § 3, welcher bestimmt, daß in den Stadt- und Landgemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabtheilungen für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach dem Maßstabe direkter Steuern stattfindet, diese Abtheilungen fortan allgemein in der durch die §§ 1 bis 2 für die Wahlen zum Abgeordnetenhause vorgeschriebenen Weise gebildet werden, liegt ein Antrag der Abgg. Frhr. v. *Zedlitz* (frk.) und v. *Eynern* (nl.) vor, welcher den Schluß des § 3 folgendermaßen fassen will, „daß die Abtheilungen mit der Maßgabe gebildet werden, daß mit Ausnahme des im § 2 gedachten Falls die Eintheilung in die Abtheilungen nach Maßgabe der zu entrichtenden Staats-, Gemeinde-, Provinzial- und Kreissteuern erfolgt.“

Unberührt bleiben die Bestimmungen der Gemeindeverfassungsgesetze, nach denen die Ausübung des Wahlrechts an die Entrichtung bestimmter Steuersätze geknüpft werden kann.

Abg. Graf **Clairon d'Haussonville** (dk.): Wir sind bereit, für den zweiten Absatz des Antrags Zedlitz zu stimmen, weil damit eine Lücke in dem Entwurf ausgefüllt wird. Dagegen werden wir gegen den ersten Theil des Antrags stimmen, weil er nicht im Sinne des Gesetzes wäre.

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.): Auch wir können nicht für den ersten Theil des Antrags eintreten. Es verdient festgenagelt zu werden, daß die Nationalliberalen an der Spitze derjenigen marschiren, welche gegen den Versuch ankämpfen, Verschiebungen in plutokratischer Richtung zu beseitigen. Für den zweiten Absatz werden wir stimmen.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.): Wie der § 3 vorliegt, wird er plutokratische Verschiebungen nicht beseitigen. Dagegen wird er in manchen Gemeinden vollständig umwälzend wirken, indem die Häusler die selbständigen Besitzer majorisiren können. Hiergegen will unser Antrag ein Kautel schaffen.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) weist die Aeußerung des Abg. Bachem zurück, als ob die Nationalliberalen plutokratische Neigungen verfolgten.

Minister Graf **Eulenburg:** Ich glaube nicht, daß die zweite Bestimmung des Antrags nothwendig ist.

Der zweite Theil des Antrags Zedlitz und mit diesem Zusatz § 3 wird angenommen.

§ 4 wird ohne Erörterung angenommen.

Die freisinnige Partei beantragt Einfügung eines neuen § 4a:

„Bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten und bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen in den Stadt- und Landgemeinden ist die Abstimmung geheim. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußern Kennzeichen versehen sein. Dieselben sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des oder der Kandidaten, welchen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen.“

Zur Begründung dieses Antrages erhält das Wort Abg. **Parisius** (dfr.). Da der Abgeordnete unter seinem Material längere Zeit nach einem ihm fehlenden Blatt sucht, entsteht auf der rechten Seite des Hauses lang andauernde Unruhe. Es ertönen wiederholt Zurufe: „lauter, lauter“! Dieselben werden stets von lautem Gelächter begleitet.

Abg. **Parisius** (dfr.): Aber, m. H.! das ist doch eine kolossale Dummheit.

Vizepräsident **v. Benda:** Kolossale Dummheiten werden hier überhaupt nicht gemacht. (Große, lang andauernde Heiterkeit.)

Abg. **Parisius:** Wenn auch unser Antrag wenig Aussicht auf Annahme hat, werden wir ihn doch bei jeder passenden Gelegenheit wiederholen. Gründe für die öffentliche Abstimmung sind zwar genug angeführt, aber sie sind auch danach. Graf Limburg meint, durch geheime Wahl werde die Autorität geschwächt. Der Arbeitgeber will aber nur wissen, wie seine Arbeiter gestimmt haben, um sie eventuell strafen zu können. Durch die öffentliche Abstimmung erreichen Sie weiter nichts, als daß Sie diejenigen Leute, von denen Sie annehmen, daß sie anderer Gesinnung sind, zur Lüge verleiten. Leider giebt es auch Leute, die sagen: Ich muß für das stimmen, was mir gesagt wird. Die Wahlbetheiligung bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus ist in Folge des öffentlichen Wahlverfahrens eine äußerst geringe, während sie beim Reichstag stetig zunimmt. Im Interesse dieses Hauses möchte ich Sie bitten, den Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Nachdem noch Abg. **v. Tiedemann Labischin** (fk.) kurz für das Landtagswahlrecht eingetreten ist, wird *der freisinnige Antrag abgelehnt*, der § 4 in der Fassung der Kommission angenommen.

Zu § 5 liegt folgende Resolution des Abg. **Parisius** (dfr.) und Gen. vor:

„1. über die Wahlen zum Abgeordnetenhause von 1867, 1870, 1873, 1876, 1879, 1882, 1885 und 1888 statistische Zusammenstellungen zu veröffentlichen, aus denen sich die Betheiligung der Urwähler der drei Abtheilungen in den einzelnen Regierungsbezirken oder eventuell Provinzen ergiebt;

2. über die künftigen Wahlen zum Abgeordnetenhause statistische Zusammenstellungen mit Erläuterungen zu veröffentlichen, die sich inhaltlich an die Aufsätze in der Zeitschrift des königlich preußischen statistischen Bureaus Nr. 4 und 5 Jahrgang 1862 Nr. 3 Jahrgang 1865 anschließen.“

Abg. **Parisius:** Ich möchte wissen, ob die Staatsregierung in Bezug auf den ersten Punkt uns nachgeben kann. Wenn das nicht möglich ist, würde ich die Resolution zurückziehen.

Ministerpräsident Graf **Eulenburg**: Wenn dem Antrag unter Nr. 1 stattgegeben werden sollte, so würde das, wenn es auch vielleicht zum großen Theil noch möglich ist, doch mit einem solchen Aufwand von Zeit, Mühen und Kosten verbunden sein, daß es mit dem Erfolg in keinem richtigen Verhältniß stehen würde. Was die Nr. 2 betrifft, so besteht die Absicht bei der Staatsregierung, mit den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhause mit der Aufnahme von statistischen Ermittelungen über die Wirkungen dieses Gesetzes anzufangen. Ich kann natürlich nicht versichern, daß das in jeder Beziehung den Arbeiten von 1861 und 1862 entsprechen wird.

Abg. **Parisius** (dfr.) zieht nunmehr die Resolution zurück.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Erörterung genehmigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Berathung des *Wahlgesetzes*, kleinere Vorlagen.)

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

△ **Berlin**, 14. März. Eine gestern verbreitete Nachricht, wonach der *russische Handelsvertrag* in parlamentarischen Kreisen *als gescheitert angesehen* werde, wird heute *von den verschiedensten Seiten her sehr bestimmt bestritten.* Vielmehr es wird bestritten, daß die Verhandlungen als mißlungen zu gelten hätten. Mit diesem Dementi hat es hoffentlich seine Richtigkeit. Dagegen kann füglich nicht dementirt werden, daß in Abgeordnetenkreisen thatsächlich in den letzten Tagen die Ansicht verbreitet war, es werde aus dem Zollvertrage nichts werden. Ist diese Ansicht falsch, dann um so besser. Den Verhandlungen selber kann es natürlich nicht dienen, wenn ihr negativer Ausgang schon jetzt behauptet wird. Die Russen würden aus solchen Behauptungen nur den Muth schöpfen, die deutschen Gegenforderungen wirklich für zu hoch zu erklären, während sie wahrscheinlich keineswegs zu hoch, sondern eben nur der Ausdruck dessen sein werden, was wir billiger Weise vom Nachbarreiche verlangen müssen. Der Glaube, daß der Handelsvertrag nicht zu Stande kommen werde, ist namentlich in den konservativen Reihen verbreitet. Hier glaubt man, was man wünscht, womit zur Sache selber selbstverständlich gar nichts gesagt ist.

▭ **Berlin,** 14. März. Das konservativ-klerikale Kartell in Bezug auf das neue *Wahlgesetz* hat auch heute allen Versuchen Stand gehalten, dies Monstrum von „Reform“ wenigstens einigermaßen zu verbessern. Das *Abgeordnetenhaus* hat die Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen, und die dritte Lesung übermorgen wird kein anderes Ergebniß liefern. Man könnte wirklich eine Prämie darauf setzen, ein Wahlgesetz herzustellen, das gekünstelter, absurder, mit dem praktischen Leben in stärkerem Widerspruch stehender wäre als das jetzt beschlossene. Die Prämie würde von Niemandem zu gewinnen sein. Welche Sonderbarkeiten in diesem Gesetz stecken, das hat man heute u. a. auch daran sehen können, daß konservative und klerikale Redner, die Herren *von Heydebrand* und *von Huene*, als Vertheidiger der möglichen Benutzung des Gesetzes durch die *Sozialdemokraten* auftraten. Das Räthsel löst sich freilich, wenn man sich vor Augen hält, welchen großen Vortheil Zentrum und Rechte von dem nach ihren Interessen zugeschnittenen Gesetze haben werden. Dem gegenüber erscheint ihnen die Aussicht geringfügig, daß hie und da, etwa in Berlin, die Sozialdemokraten in der dritten Wählerklasse einige Wahlmänner durchsetzen könnten. Sie haben in der Sache übrigens Recht; die Sozialdemokratie wird auf den Schultern des „reformirten“ Wahlgesetzes ebenso wenig wie bisher in den verräucherten Saal am Dönhofsplatz einziehen, während der Gewinn für die Mehrheitsparteien auf der flachen Hand liegt. Besonders das Zentrum ist förmlich heißhungerig darnach, daß nur ja kein Titelchen von den Errungenschaften des Wahlgesetzes verloren geht. Und weil so um die Grundlage des Gesetzes überhaupt nicht mehr ernstlich zu streiten war, hatte die Berathung heute wie gestern etwas Oberflächliches; die Einzelheiten sind gleichgiltig, die Hauptsache dafür freilich umso wichtiger.

— Auch die „Post“ führt heute der Reichsregierung zu Gemüthe, daß, selbst wenn die *Auflösung des Reichstags* auf einer Grundlage erfolge, welche die Kartellparteien geschlossen auf die Seite der Regierung führt (welches ist diese Grundlage?), mit der *Möglichkeit eines Mißerfolges* gerechnet werden müsse. Es könnte verhängnißvoll werden, wenn man sich an maßgebender Stelle Illusionen in dieser Hinsicht machen würde. Mit Ausnahme der Grenzprovinzen seien Demonstrationen für die Vorlage „nur sehr sporadisch“ aufgetreten; ob dieselben aber die beim Reichstagswahlrecht entscheidenden breiten Massen der Bevölkerung hinter sich haben, bleibe zweifelhaft. Auch lasse sich nicht mit einiger Sicherheit sagen, ob die offiziöse Presse für die Vorlage wirksam Propaganda gemacht habe. Ferner bestehe in weiten Kreisen vielfach Unzufriedenheit. Das sind alles, schließt das Blatt, thatsächlich Momente, welche für die Beurtheilung des wahrscheinlichen Ergebnisses einer Reichstagsauflösung von Bedeutung sind und nicht unbeachtet bleiben dürfen, wenn anders man nicht die Gefahr eines Trugschlusses laufen will. — Wir können dieser Mahnung nur zustimmen; selbst eine „*kaiserliche Proklamation*“, von der jetzt die Rede ist, würde an der Sachlage nichts ändern, namentlich wenn sie sich auf die Empfehlung der Militärvorlage beschränken sollte.

— Dem Herrenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach in dem Orte *Ohligs* im Kreise Solingen ein *Amtsgericht* errichtet wird, welches den Bezirk der Bürgermeisterei Merscheid umfaßt.

— Das Ableben des früheren ersten Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, *Behrend*, ruft die Erinnerung an einen heftigen Zusammenstoß Behrends mit dem damaligen Ministerpräsidenten *von Bismarck* wach:

Es war, wie die „Volksztg.“ erzählt, während des polnischen Aufstandes. Die fortschrittlichen Abgg. *von Hoverbeck* und *von Carlowitz* hatten den Antrag eingebracht, die preußische Regierung solle sich den kämpfenden Parteien gegenüber *neutral* verhalten, insbesondere solle Niemandem gestattet sein, ohne gleichzeitige Entwaffnung preußisches Gebiet zu betreten. Dagegen erhob sich am 26. Febr. 1863 der Ministerpräsident von Bismarck mit großer Leidenschaftlichkeit. Er warf der Fortschrittspartei vor, sie rufe dem Auslande zu: Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen .... Hier unterbrach ihn *ungeheurer Widerspruch und Lärm*, worauf Bismarck fortfuhr: „Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern.“ (Unterbrechung. Ruf: *Zur Ordnung!*) Der Vizepräsident *Behrend* erklärte hierauf: „Ob der Herr Ministerpräsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache. Einen Ordnungsruf über diese Aeußerung halte ich nicht für gerechtfertigt.“ Bismarck bestritt darauf, daß die Minister überhaupt zur Ordnung gerufen werden könnten, und führte dann einen persönlichen Hieb gegen Herrn von Unruh, auf den Steuerverweigerungsprozeß anspielend. Vom Vizepräsidenten Behrend *zur Sache verwiesen*, leugnete er in heftigen Ausfällen, der Disziplinargewalt des Präsidenten zu unterstehen und fuhr heraus: „Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen.“ Darauf erwiderte Behrend unter einem Beifallssturm des ganzen Hauses: „*Der Präsident des Hauses übt in diesem Saale seine Disziplinargewalt aus, soweit diese vier Wände reichen*; sie endet nicht am Ministertische.“ Und da Bismarck abermals den Steuerverweigerungsprozeß anzog, erklärte Behrend, sofort die *Vertagung* auszusprechen, falls der Ministerpräsident abermals nicht zur Sache Gehöriges vorbringen würde, worauf dann der Ministerpräsident unter lebhaftem Widerspruch des Hauses seine Rede zu Ende brachte.

— Ueber die *Stimmung der Bevölkerung* gegenüber der *Militärvorlage* schreibt die ultramontane „Köln. Volksztg.“:

„Die *Kandidatur Fusangel* (im Wahlkreise Olpe-Meschede) verdankt ein gut Theil ihrer Volksthümlichkeit dem Umstande, daß man annimmt, er werde unter allen Umständen als ein *entschiedener Gegner von Mehrbewilligungen* über das Angebot des Zentrums hinaus sich zeigen. Was in den offiziösen Blättern an Zustimmungen zur Militärvorlage verzeichnet wird, hat wenig zu bedeuten: es sind kleine Kreise, welche für eine Volksbewegung, wie die Auflösung des Reichstages sie im Gefolge haben würde, durchaus nicht entscheidend ins Gewicht fallen.“

— Der am Sonnabend wieder in Haft genommene *Karl Paasch* wurde am Montag der Strafkammer des Berliner Landgerichts vorgeführt, um sich wegen eines Verstoßes gegen das Preßgesetz zu verantworten. Gegen den Angeklagten schwebt bekanntlich ein umfangreiches Strafverfahren wegen der von ihm verfaßten Broschüre: „Eine Protesteingabe an den Reichskanzler von Caprivi“. Auch am Montag handelte es sich um diese Broschüre, jedoch stand nur eine formelle Uebertretung des Preßgesetzes in Frage. Der Angeklagte hatte auf dem Titelblatte jener Broschüre fälschlich sich selbst als den Drucker und Verleger bezeichnet. Er gab zu, daß er eine Druckerei nicht besessen und die falsche Angabe zu dem Zweck gemacht zu haben, um den wirklichen Drucker vor allen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Der Staatsanwalt beantragte 150 M. Geldbuße; der Gerichtshof erkannte auf 50 M. Geldbuße event. 5 Tage Haft.

Aus Sachsen, 12. März. Um die allzu große Mannigfaltigkeit der in den *Volksschulen* benutzten Bücher zu beschränken, hat das Kultusministerium ein Verzeichniß von Schulbüchern bekannt gegeben, deren Gebrauch fortan ausschließlich gestattet sein soll. — Die *Gymnasien des Landes* haben soeben ihre Reifeprüfungen beendet und entlassen wiederum eine erheblich höhere Zahl junger Leute zu den Universitätsstudien, als zur Ausfüllung der in den gelehrten Berufskreisen entstehenden Lücken erforderlich ist. Weitaus die größte Zahl wendet sich der Rechtswissenschaft zu, weil trotz des starken Zugangs, bisher wenigstens, in Sachsen eine starke Ueberfüllung des juristischen Berufs nicht hervorgetreten ist. Dagegen haben die Aerzte bereits Noth, einen geeigneten Platz zu finden, und die jungen Theologen sind so zahlreich, daß sie oft froh sein müssen, wenn sie an einer Volksschule ein Unterkommen als Lehrer finden. Dem Studium der Philologie und dem höhern Lehrfache wenden sich seit einer Reihe von Jahren nur noch ganz vereinzelt junge Leute zu, da hier die Aussichten lange Zeit hindurch die allerschlechtesten waren und noch keineswegs erheblich besser geworden sind. Auffallend ist bei dieser Ueberfüllung der gelehrten Fächer, daß immer noch äußerst selten Abiturienten von sächsischen Gymnasien sich der Post zuwenden.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 14. März. Der XVII. Provinzial-Landtag wurde heute durch den Oberpräsidenten Grafen Stolberg geschlossen. In das von dem Vorsitzenden Grafen Eulenburg-Prassen ausgebrachte Hoch auf den Kaiser stimmte der Landtag begeistert ein.

Hannover, 14. März. Der Regierungspräsident von Lüneburg hat die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen aus Dänemark und Schweden verboten.

Wien, 14. März. [*Abgeordnetenhaus.*] Die Permanenzerklärung des Steuerausschusses behufs Vorberathung des Gesetzes betreffend die direkten Personalsteuern wurde angenommen. Ferner stimmte das Haus nach längerer Debatte dem Antrage des Gewerbeausschusses betreffs der Permanenzerklärung desselben zur Vorberathung der Frage der Gewerbereform und der Durchführung einer schriftlichen sowie mündlichen Enquete zu. Hierauf trat das Haus in die Berathung des serbischen Handelsvertrages ein.

Wien, 14. März. Das Abgeordnetenhaus nahm in der heutigen Sitzung die noch restirenden Theile des Staatsvoranschlags an, womit die Berathung des Budgets erledigt ist.

Pest, 14. März. [*Abgeordnetenhaus.*] Bei der fortgesetzten Berathung des Kultusbudgets erklärte der Staatssekretär Dr. v. Berzeviczy, die liberale Kirchenpolitik beherrsche die Gemüther derartig, daß keine Regierung heute mehr die Kraft habe, die Frage von der Tagesordnung abzusetzen.

Pest, 14. März. Es wird bestätigt, daß der Fürstprimas Anfangs Mai mit einem großen Zuge ungarischer Pilger, darunter Bischöfe und Magnaten, nach Rom gehen werde. Der Fürstprimas wird die Magnaten dem Papste vorstellen.

Riga, 14. März. An der kurländischen Küste unweit Libau stecken 32 Dampfer in Eisschollen fest. Die Lage der Dampfer ist zum Theil bedenklich; die zur Rettung derselben unternommenen Versuche blieben bisher ohne Erfolg.

Stockholm, 13. März. Der sogenannte Folkriksdag, welchen die Liberalen und Sozialisten zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Stimmrechts organisirten, ist heute zu der ersten Sitzung zusammengetreten. An derselben nahmen 123 Delegirte theil, darunter 29 Sozialisten. Bei der Wahl des Bureaus siegte die nicht sozialistische Kandidatenliste mit einer Mehrheit von 4 Stimmen.

Christiania, 13. März. In der heutigen Sitzung des Storthings acceptirte der Konseilpräsident Steen Namens der Regierung die von der äußersten Linken beantragte Tagesordnung, wonach Norwegen ohne Verhandlung mit Schweden die Konsulatsfrage erledigen solle; den von Michelsen, Linke, gemachten und von Björnstjerne Björnson unterstützten Ausgleichsvorschlag erklärte er aber für unannehmbar. Gleichzeitig glaubt Steen, von der Annahme der von den Moderaten und Mitgliedern der Rechten beantragten Tagesordnung, welche Verhandlungen mit Schweden empfiehlt, abrathen zu sollen. Der Vertreter der Rechten, Stang, betonte, man habe nur zu wählen, ob man der Regierung, welche außerhalb der Verfassung liegende Gewaltmittel anzuwenden im Begriff stehe, folgen oder in Verhandlungen mit Schweden eintreten wolle. Der radikale Bankdirektor Fasting warnte vor Schritten, welche die Union gefährden könnten.

Basel, 14. März. Der Prozeß betreffend die „Allgemeine Kreditbank“ hat heute Vormittag vor dem hiesigen Strafgerichte begonnen. Angeklagt sind die früheren Direktoren Wüst, Kling und Stremayr des Betrugs, die ersteren beiden noch der Urkundenfälschung, des betrüglichen und leichtsinnigen Bankerotts und der

Unterschlagung, ferner die früheren Prokuristen Degen und Hinden des Betruges, der Beihilfe zum Betruge und der Unterschlagung, der Kaufmann Eduard Bürgy der Urkundenfälschung, endlich der Kaufmann Simon Bernheim des ausgeführten und versuchten Betruges. Die Anklageschrift umfaßt 20 Druckseiten. Der Prozeß wird mehrere Tage dauern.

Rom, 14. März. Aus Anlaß des heutigen Geburtstags des Königs fand hier eine glänzende Truppenschau statt. Der König, begleitet von dem Herzog von Genua, dem Grafen von Turin und dem deutschen Botschafter Grafen Solm sowie einem glänzenden Gefolge ließ die Garnison von Rom Revue passiren. Die Königin wohnte dem militärischen Schauspiel zu Wagen bei. Der König und die Königin wurden von den Volksmassen jubelnd begrüßt; auch dem Grafen Solms wurden beim Verlassen des Quirinals lebhafte Ovationen dargebracht.

Paris, 13. März. [Deputirtenkammer.] Ribot erklärt, Loubet habe ihm mitgetheilt, daß Soinoury ihn von einem durch eine Mittelsperson vorgebrachten Gesuch der Frau Cottu um eine Audienz benachrichtigt habe. (Millevoye, welcher Ribot unterbricht, wird zur Ordnung gerufen.) Ribot fährt fort, Frau Cottu habe um die Erlaubniß gebeten, ihren Gatten zu besuchen. Loubet habe darauf Soinoury ermächtigt, Frau Cottu zu empfangen. Soinoury habe versichert, daß er niemals Frau Cottu aufgefordert habe, in sein Kabinet zu kommen. Frau Cottu habe auch um eine Audienz bei dem Polizeipräfekten Lozé nachgesucht. sie habe mit Lozé vielleicht ebenso verfahren wollen wie mit Soinoury. (Stürmische Protestrufe bei den Boulangisten, über Millevoye wird die Zensur verhängt.) Ribot schließt, die Regierung glaube, ihre volle Pflicht gethan zu haben; sie hätte vielleicht weniger Feinde, wenn sie sich zu Zugeständnissen hätte bereit finden lassen. Die Regierung rufe die Unterstützung aller Republikaner an. (Lebhafter Beifall.) Le Provost de Launay (Rechte) behauptet, die Regierung wolle nicht, daß in der Panama-Angelegenheit volles Licht geschaffen werde. Cavaignac giebt zu, daß hinter der Panama-Angelegenheit gewisse Machenschaften existirten. Es seien aber auch tadelnswerthe Handlungen begangen worden. (Protestrufe links.) Die Schwäche und Thatenlosigkeit der Regierung sei zu verurtheilen. Ribot betont nochmals, daß die Regierung ihre Pflicht gethan habe. Die alten Parteien hatten weder den Muth noch die Kühnheit der That und die Loyalität der republikanischen Partei besessen. (Beifall.) Mit 297 gegen 228 Stimmen wurde dann, wie schon mitgetheilt, die von Rivet beantragte Tagesordnung angenommen.

Paris, 14. März. [Deputirtenkammer.] Gauthier de Clagny (Boulangist) wünschte bei der Verlesung des Protokolls Aufklärungen von der Regierung über die gestrigen Behauptungen Pourquery de Boisserins in der Kammer bezüglich des Zwischenfalls mit Madame Cottu. Der Präsident lehnte es jedoch ab, die Debatte über diesen Gegenstand wieder eröffnen zu lassen. Déroulède beklagte sich, daß das „Journal officiel" das nicht reproduzire, was er gesagt habe, nämlich, daß die Regierung aus Lügnern bestehe. (Beifall rechts, Lärm auf der Linken). Tirard verließ seine Bank und ging auf Déroulède los, den er lebhaft interpellirte. (Große Erregung). Auf die Aufforderung des Präsidenten zog Déroulede seinen Ausdruck zurück. Der Minister des Auswärtigen Develle besprach die Mittheilungen Pourquery de Boisserins und hob hervor, eine Frau beklage sich darüber, beleidigt und in das Kabinet Soinourys geführt worden zu sein; nun erfahre man, daß diese Frau den Mann habe rufen lassen, welchen sie beschuldigt, sie beleidigt zu haben und mit dem sie den Zwischenfall vereinbart habe, der sich gestern vor dem Gerichte abgespielt habe. (Lebhafter Beifall). Damit ist der Zwischenfall geschlossen.

Paris, 14. März. [Senat.] Bei der Debatte über die Interpellation in Betreff der Aussagen der Frau Cottu bemerkte Halgan (Rechte), der Zwischenfall Cottu sei nicht völlig aufgeklärt. Loubet erklärte, Frau Cottu habe im Januar durch den Sekretär ihres Gatten um eine Audienz bei Soinoury nachsuchen lassen. Er (Loubet) sei hiervon benachrichtigt worden, ebenso wie Ribot und Bourgeois, welche in diesem Gesuch nichts Ungehöriges erblickt hätten. Er habe keineswegs den Schritt, von welchem man gesprochen habe, angeordnet. Soinoury habe übrigens vorgezogen, sein Amt niederzulegen. Er bestreite ganz entschieden, jemals eine Liste der in die Panamaffaire verwickelten Parlamentsmitglieder besessen zu haben, und wenn er eine solche besessen hätte, so würde er sie den Gerichten übergeben haben. (Beifall.) — Constans erklärte, er habe niemals dem Präsidenten Carnot die Liste der 104 Abgeordneten übergeben, weil er sie nie besessen habe; er glaube, die Liste habe niemals anders als in der Einbildung gewisser Personen existirt. (Beifall.) Niemand könne bei dieser Art von Skandal gewinnen. Das Land wolle vor Allem Ruhe und Arbeit. Man möge die Gerichte ihre Pflicht thun lassen und die Legenden würden bald in sich zusammenfallen. (Lebhafter Beifall.) Sodann erklärte der Ministerpräsident Ribot, es sei nunmehr als unbestreitbar anerkannt, daß Madame Cottu die Zusammenkunft mit Soinoury nachgesucht habe; Soinoury sei unklug gewesen, aber nichts anderes. Es sei eine Infamie zu behaupten, daß Carnot eine Liste bestochener Abgeordneten besessen habe. Derartige Anschuldigungen seien des Landes unwürdig. (Beifall auf der Linken.) Ribot schloß mit der Erklärung, Soinoury habe sich keiner Käuflichkeit schuldig gemacht; er wolle ihn decken. (Erneuter Beifall.) — Merlin brachte hierauf die von der Kammer gestern genehmigte Tagesordnung ein, welche mit 209 gegen 56 Stimmen angenommen wurde.

Paris, 14. März. Die oppositionellen Organe erklären, das Kabinet verdanke die Majorität bei der gestrigen Kammerabstimmung nur der Furcht vor der Kammerauflösung und vor einem Ministerium Cavaignac oder Constans. Die radikalen Blätter greifen Cavaignac an, weil er sich aus persönlichem Ehrgeize mit den Feinden der Republik verbinde.

Paris, 14. März. Der Ministerpräsident Ribot wird im Laufe des Vormittags nochmals Schritte bei Bourgeois thun, um denselben zum Verbleiben auf seinem Posten zu bewegen; gutem Vernehmen nach wäre jedoch Bourgeois entschlossen, seine Entlassung aufrechtzuerhalten. Ribot dürfte dann die Frage der Ernennung eines neuen Justizministers dem Ministerrath unterbreiten. Gerüchtweise verlautet, Develle würde bis zum Ausgange des Panama-Prozesses das Justizministerium interimistisch übernehmen.

Dem „Soleil" zufolge wird der Zwischenfall Pourquery-Barboux in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer eine abermalige Debatte zur Folge haben. — Yves Guyot, welcher für heute abermals vor Gericht geladen ist, beharrt auf seiner Weigerung zu erscheinen. Uebrigens erklärt derselbe, daß alle Aeußerungen, die ihm zugeschrieben würden, durchweg auf Erfindung beruhten.

Paris, 14. März. [Panama-Bestechungsprozeß.] Barboux protestirte gegen die in der Deputirtenkammer vorgebrachte Behauptung, daß der Zwischenfall mit Frau Cottu in seinem Kabinet vorbereitet worden sei. Constans erklärte, er habe niemals dem Präsidenten Carnot, eine Liste der in die Panama-Angelegenheit verwickelten Deputirten übermittelt, er habe eine solche Liste auch niemals besessen. Sans-Leroy giebt dem Gerichtshof Aufklärung über die Anlegung der Mitgift seiner Frau. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die mitgetheilten Aktenstücke ohne Bedeutung seien. Bonaparte-Wyse sprach im Allgemeinen über die Panama-Kanal-Arbeiten. Die Vernehmung der Zeugen ist damit beendet. Die Advokaten der Zivilparteien erhielten hierauf das Wort.

Madrid, 14. März. Nach hier vorliegenden Meldungen ist es in den Provinzen an mehreren Orten zu erneuten Versuchen der Ruhestörung gekommen In Barcelona fand gestern eine Kundgebung statt, bei welcher Hochrufe auf die Republik ausgebracht wurden. Die Ruhe wurde indeß bald wieder hergestellt. — Die Bevölkerung von Burgos fährt fort ihrer Unzufriedenheit über die Aufhebung des Generalkapitanats Ausdruck zu geben; die Läden sind geschlossen, vor den Fenstern ist Trauerflor angebracht. In Olesa, Provinz Barcelona, fand eine Explosion statt, welche den Anarchisten zugeschrieben wird. Verletzt wurde Niemand.

London, 13. März. [Unterhaus.] Russel beantragt eine Reduktion des Nachtragskredits für die temporären Kommissionen um 2170 Pfund Sterling, um dadurch gegen die Ernennung und den Bericht der Kommission betreffend die exmittirten irischen Pächter zu protestiren. Der Chef-Sekretär des Lord-Lieutenants von Irland, Morley, stellte in Abrede, daß die Kommission parteiisch sei, und vertheidigte die Haltung des Vorsitzenden derselben; die Kommission sei ernannt, um die Schwierigkeiten der Frage zu lösen. Die Regierung werde erwägen, welche Schritte sie auf Grund des Kommissionsberichts dem Parlamente vorschlagen solle, um den unerträglichen Zustand zu beendigen.

London, 14. März. [Unterhaus.] Der Staatssekretär des Krieges, Campbell-Bannermann, erklärte in der heutigen Sitzung, der von Aegypten für das bevorstehende Finanzjahr zu zahlende Beitrag von 87 000 Pfund Sterling basire auf der Stärke der englischen Okkupationstruppe vor der jüngsten Verstärkung derselben; es sei unmöglich, jetzt zu sagen, welche Erhöhung des Beitrages aus der eingetretenen Verstärkung entstehen werde. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Grey, erwiderte auf eine bezügliche Anfrage, die Konversion der ägyptischen Domanial-Anleihe in $4^1/_4$prozentige Obligationen anstatt in Obligationen von geringerem Zinsfuße bezwecke die Vermeidung einer sonst nothwendigen Kapitalserhöhung, der die Konversion aus allgemeinen finanziellen Gründen vorzuziehen sei.

London, 14. März. Gladstone verbrachte eine gute Nacht und befand sich heute Morgen besser.

London, 14. März. Der englische Kommissar in dem Westafrikanischen Oelflußprotektorat, Sir Claude Mac Donald begiebt sich morgen nach Berlin zu Verhandlungen über die Abgrenzung des Rio del Rey-Gebietes.

Konstantinopel, 14. März. Auf Befehl des Sultans begiebt sich der Leib-Chemiker Bonkowski in Begleitung von drei höheren Sanitätsbeamten als Delegirter zur Cholera-Konferenz nach Dresden.

Berlin, 15. März. Wie das „Berl. T." hört, werden zu der am Donnerstag stattfindenden zweiten Lesung der Militärvorlage in der Kommission formulirte Anträge seitens der Nationalliberalen und des Zentrums eingebracht werden.

Riga, 15. März. Zwei Pastoren des livländischen Gouvernements sind vom hiesigen Bezirksgericht wegen Vollziehung kirchlicher Handlungen nach lutherischem Ritus an Griechisch-Orthodoxe verurtheilt worden. Der eine Pastor, Meyer, wurde unter Aberkennung der geistlichen Würde zu viermonatlichem Gefängniß verurtheilt, der andere erhielt einen strengen Verweis und wurde auf sieben Monate vom Amte suspendirt.

Rom, 15. März. Hiesige Blätter melden, daß in Entraque bei Cunco in der vorigen Woche ein eben angekommener französischer Arbeiter plötzlich unter Cholerasymptomen starb. Der Leichenbefund bestätigte die Cholera. Der Präfekt ordnete strenge Vorsichtsmaßregeln an.

Marktberichte.

Marktpreise zu **Breslau** am 14. März.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Kommission.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	gering. Waare Höchster M. Pf.	gering. Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilo	14 70	14 50	14 20	13 70	12 70	12 20
Weizen, gelber		14 60	14 40	14 10	13 60	12 60	12 10
Roggen		12 80	12 50	12 30	12 —	11 80	11 50
Gerste		14 90	14 20	13 20	12 80	12 40	11 40
Hafer		13 70	13 50	13 10	12 90	12 40	11 90
Erbsen		16 —	15 —	14 50	14 —	13 —	12 —

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.

	feine	mittlere	ord. Waare.
Raps per 100 Kilogr. .	23,70	22,70	20,90 Mark.
Winterrübsen . . .	22,90	21,90	20,90 „

Breslau, 14. März. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo —. Gekündigt — Ztr., abgelaufene Kündigungsscheine —, p. März 129,00 Br., April-Mai 131,00 Br. Mai-Juni 132,00 Br., Juni-Juli 135,00 Br. Hafer (p. 1000 Kilo) p. März 132,00 Gd. Rüböl (p. 100 Kilo) p. März 52,50 Br. April-Mai 52,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faß: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gekündigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —, p. März 50er 52,10 Gd. März 70er 32,40 Gd. April-Mai 32,80 Gd. Zink. Ohne Umsatz.

Die Börsenkommission.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	13. März.	14. März.
ffein Brodraffinade	28,00 M.	28,00 M.
fein Brodraffinade	—	—
Gem. Raffinade	27,50—28,25 M.	27,50—28,25 M.
Gem. Melis I.	26,50—26,75 M.	26,50—26,75 M.
Krystallzucker I.	—	—
Krystallzucker II.	29,25 M	29,25 M.

Tendenz am 14. März, Vormittags 11 Uhr: Fest.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	13. März.	14. März.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzuck. Rend. 92 Proz.	15,70—15,90 M.	15,70—15,90 M.
Kornzuck. Rend. 88 Proz.	14,65—15,10 M.	14,65—15,10 M.
Nachprd. Rend. 75 Proz.	11,50—12,25 M.	11,50—12,25 M.

Tendenz am 14. März, Vormittags 11 Uhr: Stetig.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm: 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
14. Nachm. 2	750,4	S schwach	bedeckt	+ 7,1
14 Abends 9	749,7	S schwach	bedeckt [1])	+ 9,3
15. Morgs. 7	751,2	SSW mäßig	bedeckt [2])	+ 8,1

[1]) Den Tag über mit kurzen Unterbrechungen Regen. [2]) Früh Reif.

Am 14. März Wärme-Maximum + 10,0° Cels.
Am 14. „ Wärme-Minimum + 4.7° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. März Morgens 3,20 Meter
„ „ 14. „ Mittags 3,20 „
„ „ 15. „ Morgens 3,18 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 14. März. Sehr fest.
Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd.
Silber in Barren pr. Kilo 113,25 Br., 112,50 Gd.

Frankfurt a. M., 14. März. (Schlußkurse). Ruhig, ziemlich fest.
Lond. Wechsel 20,432, 3proz. Reichsanleihe 87,60, österr. Silberrente 82,90, $4^1/_5$ proz. Papierrente 83,00, do. 4proz. Goldrente 98,60, 1860er Loose 128,50, 4proz. ung. Goldrente 97,40, Italiener 93,00, 1880er Russen —,—, 3. Orientanl. 69,60, unifiz. Egypter 100,80, konv. Türken 22,00, 4proz. türk. Anl. —,—, 3proz. port. Anl. 21 60, 5proz. serb. Rente 79,50, 5proz. amort Rumänier 98,40, 6proz. konsol. Mexik. 80,80, Böhm. Westbahn $317^5/_8$, Böhm. Nordb. $158^3/_8$, Franzosen —, Galizier —,—, Gotthardbahn 156,40, Lombarden $94^7/_8$, Lübeck-Büchen 137,40, Nordwestbahn —, Kreditaktien $288^3/_8$, Darmstädter 141,30, Mitteld. Kredit 100,40, Reichsb. 150,30, Disk.-Kommandit 189,00, Dresdner Bank 154,00, Pariser Wechsel 81,175, Wiener Wechsel 168,52, serbische Tabaksrente 79,50, Bochum. Gußstahl 137,50, Dortmund. Union 65,80, Harpener Bergwerk 142,30, Hibernia 119,80, 4proz. Spanier 64,40, Mainzer 111,90, Berliner Handelsgesellschaft 148,00, Kronenrente 94,30.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 290, Disk.-Kommandit 189,30, Laurahütte —,—.

Breslau, 14. März. (Schlußkurse.) Fest.
Neue 3proz. Reichsanleihe 87,70, $3^1/_2$ proz. L.-Pfandbr. 98,70, Konsol. Türken 22,00, Türk. Loose 93,75, 4proz. ung. Goldrente 97,30, Bresl. Diskontobank 103,50, Breslauer Wechslerbank 99,00, Kreditaktien 185,25, Schles. Bankverein 117,20 Donnersmarckhütte 94,25, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,50, Oberschles. Eisenbahn 55,75, Oberschles. Portland-Zement 77,00, Schles. Cement 127,00, Oppeln. Zement 92,00, Schl. D. Zement 127,00, Kramsta 134,75, Schles. Zinkaktien —, —, Laurahütte 109,40, Verein. Oelfabr. 91 50, Oesterreich. Banknoten 168,65, Russ. Banknoten 215,60, Giesel Cement 80,00. 4proz. Ungarische Kronenanleihe 94,35.

Wien, 14. März. (Schlußkurse.) Auf erholte Pariser Kurse und Gerüchte bevorstehender Fortsetzung österreichischer Goldbeschaffung sehr fest. Kreditaktien lebhaft.
Oesterr. $4^1/_5$% Papierr. 98,95, do. 5proz. —,—, do. Silberr. 98,70, do. Goldrente 117,10, 4proz. ung. Goldrente 115,80, 5proz. do. Papierr. —,—, Länderbank 244,40, österr. Kreditakt. 344,50, ungar. Kreditaktien 404 75, Wien. Bk.-V. 125 50, Elbethalbahn 243,00, Galizier 219,75, Lemberg-Czernowitz 260,25, Lombarden 111,00, Nordwestbahn 220,75, Tabaksakt. 181,00, Napoleons $9,63^1/_2$, Marknoten $59,32^1/_2$, Russ. Banknoten $1,27^5/_8$, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 112,75.
Oesterr. Kronenrente 96,95, Ungar. Kronenrente 95,35.

Paris, 14. März. (Schlußkurse.) Fest.
3prozentige amort. Rente 97,70, 3proz. Rente $97,62^1/_2$, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente $97,72^1/_2$, öster. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 97,03, 3. Orient-Anl. 70,45, 4proz. Russen 1889 98,70, 4proz. Egypter 100,80, konv. Türken 21,90, Türkenl. 92,20, Lombarden 256,25, do. Priorit. —,—, Banque Ottomane 585,00, Panama 5 proz. Obligat. —,—, Rio Tinto 389,30, Tab. Ottom. 383,00, Neue 3proz. Rente —,—, 3proz. Portugiesen 21,68, 3proz. Russen 79,10, Privatdiskont 2.

London, 14. März. (Schlußkurse.) Stetig.
Engl. $2^3/_4$ proz. Consols $97^{15}/_{16}$, Preuß. 4proz. Consols 106,00, Italien. 5 proz. Rente $92^1/_8$, Lombarden $10^1/_8$, 4proz. 1889 Russen II. Serie) $99^3/_8$, konv. Türken $21^5/_8$, österr. Silberr. 82, österr. Goldrente 99, 4proz. ungar. Goldrente 96, 4prozent. Spanier $64^3/_8$, $3^1/_2$ proz. Egypter $95^3/_8$, 4proz. unific. Egypter $99^3/_4$, 4proz gar. Egypter —, $4^1/_4$proz. Tribut-Anl. 99, 6proz. Mexikaner $82^1/_4$, Ottomanbank $13^3/_8$, Suezaktien —, Canada Pacific $86^5/_8$, De Beers neue $18^3/_4$. Platzdiskont $1^3/_4$, Silber $38^1/_4$.
Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,56, Wien 12,24, Paris $25,33^3/_4$, Petersburg 25.

Rio de Janeiro, 13. März. Wechsel auf London 13.

Buenos-Ayres, 13. März. Goldagio 214,00.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 14. März. Getreidemarkt. Weizen flau, Roggen unveränd., loko p. 2000 Pfd. Zollgew. 117. Gerste still. Hafer unveränd., loko per 2000 Pfd. Zollgew. 129,00. — Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgewicht unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko $52^1/_2$, per März $52^1/_4$, per April $52^1/_2$. — Gelinde.

Danzig, 14. März. Getreidemarkt. Weizen loko matter. Umsatz 100 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig 145,00, do. hellbunt 146,00, do. hochbunt glasig und weiß 147,00, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 145, do. p. April-Mai Transit 126 Pfd. 126,00, do. pr. Mai-Juni Transit 126 Pfd. —,—. Roggen loko unveränd., inländischer per 120 Pfd. 117—118, do. polnischer oder russischer Tansit 103, Regulirungspreis zum freien Verkehr 117,00, do. Januar Transit —,—, do. pr. April-Mai Transit 120 Pfd. 103,50. Gerste große loko 125. Gerste kleine loko 114. Hafer loko 130. Erbsen loko 125. — Spiritus per 10 000 Ltr.-Proz. loko kontingentirt 53,00, nicht kontingentirt 33,00. — Schön.

Köln, 14. März. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 16,50, do. fremder loko 17,75, per März 16,00, per Mai 16,20, Roggen hiesiger loko 14,25, fremder loko 16,75, per März 13,90, per Mai 14,10. Hafer hiesiger loko 15,25, fremder —,—. Rüböl loko 56,00, per Mai 53,70, per Okt. 53,70. Wetter: Regnerisch.

Bremen, 14. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Still. Loko 5,20.
Baumwolle. Matt. Upland middl. loko 48 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. März $47^3/_4$ Pf., p. April 48 Pf., p. Mai $48^1/_4$ Pf., p. Juni $48^1/_2$ Pf., p. Juli $48^3/_4$ Pf., per August 49 Pf.
Schmalz. Weichend. Shafer — Pf., Wilcox $57^1/_2$ Pf., Choice Grocery $57^1/_2$ Pf., Armour $57^1/_2$ Pf. Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 51 Pf., Cudahy $57^1/_2$.
Wolle. Umsatz 164 Ballen.
Tabak. Umsatz: 600 Seronen Carmen, 369 Packen Yara.

Bremen, 14. März. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins.) 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 160 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien $117^1/_8$ bez.

Hamburg, 14. März. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig holsteinscher loko neuer 152—155. — Roggen loko ruhig, mecklenb.

loko neuer 132—134, russischer loko ruhig, transito 102 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) beh., loko 52. — Spiritus loco fester, per März 23 Br., per März-April 23 Br., per April-Mai 23 Br., Mai-Juni 23 Br. — Kaffee ruhig. Umsatz — Sack. — Petroleum loco fest, Standard white loko 5,20 Br., per August-Dezember 5,15 Br. — Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 14. März. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per März 83 1/2, per Mai 81 1/4, per Sept. 80 1/4, per Dez. 79 1/4. Behauptet.

Hamburg, 14. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per März 14,42 1/2, per Mai 14,62 1/2, per Sept. 14,47 1/2, per Dez. 13,07 1/2. Ruhig.

Pest, 14. März. Produktenmarkt. Weizen ruhig, per Frühjahr 7,30 Gd., 7,31 Br., per Herbst 7,41 Gd., 7,42 Br. Hafer per Frühjahr 5,56 Gd., 5,58 Br. Mais per Mai-Juni 4,66 Gd. 4,67 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,80 Gd., 11,90 Br. — Bewölkt.

Paris, 14. März. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig, p. März 20,70, p. April 21,00, p. Mai-Juni 21,40, p. Mai-August 21,60. — Roggen ruhig, per März 13,70, per Mai-August 14,10. — Mehl ruhig, per März 46,70, per April 47,00, p. Mai-Juni 47,40, per Mai-August 47,60. — Rüböl ruhig, per März 59,50, per April 59,75, per Mai-August 60,75, p. Sept.-Dez. 61,00. — Spiritus fest, per März 49,00, per April 48,75, p. Mai-August 48,75, per Sept.-Dez. 44,25. — Wetter: Warm.

Paris, 14. März. (Schluß. Rohzucker fest. 88 Proz. loko 38,50 a 38,75. Weißer Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilog. per März 41,00, per April 41,12 1/2, per Mai-August 41,75, per Okt.-Dez. 37,00.

Havre, 14. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baisse.

Rio 14 000 Sack, Santos 12 000 Sack Rezettes für 2 Tage.

Havre, 14. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 105,00, per Mai 102,00, p. Sept. 100,75. Ruhig.

Amsterdam, 14. März. Bancazinn 57.

Amsterdam, 14. März. Java-Kaffee good ordinary 54 1/2.

Amsterdam, 14. März. Getreidemarkt. Weizen per März —, per Mai 171. — Roggen p. März 133, per Mai 126.

Antwerpen, 14. März. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste flau.

Antwerpen, 14. März. (Telegr. der Herren Wilkens und Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., Mai 4,72 1/2, August —, Sept. 4,90 Käufer.

Antwerpen, 14. März. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12 5/8 bez. und Br. p. März — bez, 12 6/8 Br., per April-Mai — bez., 12 5/8 Br., per Sept.-Dez. — bez., 12 7/8 Br. Fest.

London, 14. März. 96 pCt. Javazucker loko 16 1/2 stetig, Rüben-Rohzucker loko 14 3/8 fest. Wetter: —.

London, 14. März. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. Wetter: Bewölkt.

London, 14. März. Chili-Kupfer 45 3/8, per 3 Monat 45 13/16

Liverpool, 14. März, Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 4000 Ball., davon für Spekulation und Export 200 Ballen. Amerikaner stetig. Surats unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4 7/8 Käuferpreis, Mai-Juni 4 59/64 Verkäuferpreis, Juli-August 4 31/32 do., September-Oktober 4 59/64 d. do.

Liverpool, 14. März, Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 4000 Ballen, davon für Spekulation und Export 200 Ballen. Träge. Brasilianer 1/16 niedriger.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 4 51/64 Käuferpreis, April-Mai 4 13/16 Käuferpreis, Mai-Juni 4 53/64 Käuferpreis, Juni-Juli 4 55/64 Käuferpreis, Juli-August 4 7/8 Käuferpreis, August September 4 7/8, Septbr.-Oktober 4 27/32, Oktober-November 4 13/16 d. Käuferpreise.

Liverpool, 14. März. Getreidemarkt. Weizen 1/2—1 d., Mais 1/2 d. niedriger, Mehl geschäftslos. — Wetter: Schön.

Glasgow, 14. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 sh. 10 1/2 d.

Newyork, 13. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9 1/16, do. in New-Orleans 9 7/8. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,55, do. Pipeline Certifikates, pr. April 65. Stetig. Schmalz loko 12,35, do. Rohe u. Brothers 12,75. Zucker (Fair refining Muscovad.) 2 7/8. Mais (New) p. März 53 1/4, p. Mai 50 3/4, p. Juli 50 7/8. Rother Winterweizen loko 75 3/4. Kaffee Rio Nr. 7, 17 3/4. Mehl (Spring clears) 2,45. Getreidefracht 1 1/2. — Kupfer 11,80 nom. Rother Weizen per März 74 1/2, per April —, per Mai 76 3/4, per Juli 78 1/8. August 78 7/8, Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 16,75, p. Juni 16,45.

Newyork, 14. März. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 46 000, do. nach Frankreich 23 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 50 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 33 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork, 13. März. Visible Supply an Weizen 79 104 000 Bushels, do. an Mais 15 809 000 Bushels.

Chicago. 13. März Weizen per März 72 3/4, per Mai 76 1/4, Mais per März 41 3/8. Speck short clear 10,50. Pork per März 17,25.

Newyork, 14. März. Weizen pr. März 74 1/8 C., pr. April —, pr. Mai 76 3/8 C.

Berlin, 15. März. Wetter: Regnerisch.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 14. März. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten ziemlich günstig, besonders aus Wien, gewannen aber hier keinen dauernden Einfluß auf die Stimmung. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen ruhig, gewann aber bei Gelegenheit einiger Schwankungen für einzelne Ultimowerthe größeren Belang. Im Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Gesammthaltung in Folge von Realisirungen und spekulativen Verkäufen etwas ab, doch trat gegen Schluß der Börse wieder eine mäßige Befestigung hervor. Der Kapitalsmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen auf bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische konsol. Anleihen ziemlich fest; 3prozentige etwas besser, 3 1/2 prozent. unbedeutend abgeschwächt. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumeist gut behaupten; Italiener und Ungarische Goldrente etwas anziehend, Russische Anleihen fest aber still, Noten nachgebend. Der Privatdiskont wurde mit 1 3/4 Prozent notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien zu etwas höherer, und schwankender Notiz recht lebhaft um; Lombarden anfangs fest dann abgeschwächt, andere Oesterreichische Bahnen wenig verändert und ruhig; Schweizerische Bahnen schwach, Gotthardbahn ziemlich behauptet. Inländische Eisenbahnaktien schwankend; Ostpreußische Südbahn und Marienburg-Mlawka nach einer Abschwächung schließlich befestigt. Bankaktien ziemlich fest; die spekulativen Devisen mußten nach festerer Eröffnung unter kleinen Schwankungen etwas nachgeben, besonders Diskonto-Kommandit- und Berliner Handelsgesellschafts-Antheile. Industriepapiere ziemlich behauptet; Montanwerthe anfangs fester, später schwankend und nachgebend.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. März. In Newyork ist der Preis für Weizen gestern um 1 Cent gewichen. Die hiesige Produktenbörse war heute lustlos. In **Weizen** war das Geschäft gering zu um ca. 1/2 M. niedrigeren Preisen. **Roggen** setzte ebenfalls eine Kleinigkeit billiger ein, war aber bei mäßigen Umsätzen gegen gestern schließlich wenig verändert; die Zufuhr ist sehr mäßig. **Hafer** bei stillem Verkehr behauptet. **Roggenmehl** still und schwach. **Rüböl** setzte niedriger ein, befestigte sich indeß später. **Spiritus** wurde loko und auf Termine 30 Pf. höher bezahlt.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine schließen wenig verändert. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140—156 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 150—150,75—150,5 bez., per Mai-Juni 151,5—152—151,75 bez., per Juni-Juli 152,75—153 bez., per Juli-August 153,75—154—153,75, in einem Falle 153,25 bez., per Sept.-Okt. 155,75—156—155,5 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko geringer Umsatz. Termine behauptet. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis —. Loko 124—132 M. nach Qual. Lieferungsqualität 129 M., inländischer guter 129—129,5 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 132—131,5—132 bez., per Mai-Juni 133,5—133,25—133,5 bez., per Juni-Juli 134,75—134,5—134,75 bez., per Juli-August — bez., per Sept.-Oktbr. 136,25 bis 136 3/8 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Fest. Große und kleine 138—175, Futtergerste 115—135 Mk. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine matt. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 140 bis 158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 143 M. Pommerscher und preußischer mittel bis guter 142—145 bez., feiner 146—150 bez., schlesischer mittel bis guter 142—145 bez., feiner 146—151 bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai, per Mai-Juni und per Juni-Juli 143,5—143,25 bis 143,5 bez.

Mais per 1000 Kilogr. Loko matt. Termine fest. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 110—123 M. nach Qual., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 108—108,25 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August —, per Sept.-Okt. —.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 137—149 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack Termine matter. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 17,10 bez., per März-April 17,10 bez., per April-Mai 17,20 bez., per Mai-Juni 17,35 bez., per Juni-Juli 17,50 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sack, per diesen Monat 19,50 M. **Feuchte Kartoffelstärke** p. 100 Kilo brutto inkl Sack per diesen Monat 10,70 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl Sack, per diesen Monat 19,75 M.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Höher. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat —, per April-Mai 50,4—50,9 bez., per Mai-Juni — M., per Sept.-Okt. 51—51,4—51,3 bez.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt ——. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 55,2 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —. Loko ohne Faß 35,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Fester. Gekündigt 50 000 Liter. Kündigungspreis 34,3 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat und per März-April 34,2—34,4 bez., per April-Mai 34,3—34,6—34,5 bez., per Mai-Juni 34,6—34,9—34,8 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August 35,5—35,8—35,7 bez., per August-Sept. 35,7—36,2—36 bez.

Weizenmehl Nr. 00 21,5—19,5 bez., Nr. 0 19,25—17,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,25—16,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,5—17,25 bez., Nr. 0 1,50 Mk höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4 1/4 M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf., 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechs. v. 14. März.

Amsterdam	2 1/2	8 T.	169,05 bz
London	2 1/2	8 T.	20,42 bz
Paris	2 1/2	8 T.	81,20 B.
Wien	4	8 T.	168,45 bz
Petersburg	4 1/2	3 W.	214,70 bz
Warschau	5 1/2	8 T.	215,25 bz

In Berl. 3. Lomb. 3 1/2 u. 4. Privatd. 1 3/4 G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,38 G.
20 Francs-Stück	16,25 bzG.
Gold-Dollars	4,185 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,435 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,45 bz
Oestr. Noten 100 fl.	168,65 bz
Russ. Noten 100 R.	215,60 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,60 G.
do. do.	3 1/2	101,30 bz
do. do.	3	87,75 bzG.
Prss. cons. Anl.	4	107,60 B.
do. do.	3 1/2	101,30 G.
do. do.	3	87,75 bzG.
do Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,20 bz
Sts.-Schld-Sch.	3 1/2	100,00 G.
Berl. Stadt-Obl.	3 1/2	99,00 bz
do. do. neue	3 1/2	99,10 B.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3 1/2	97,80 bzB.
Pfandbriefe: Berliner	5	114,50 bzG.
do.	4 1/2	108,80 bz
do.	4	104,50 bz
do.	3 1/2	99,50 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3 1/2	98,70 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3 1/2	99,50 G.
do.	4	
Ostpreuss	3 1/2	97,50 G.
Pommer.	3 1/2	99,10 G.
do.	4	
Posensch.	4	102,50 bzG.
do.	3 1/2	98,00 B.
Schls. altl.	3 1/2	98,75 B.
do. do.	4	
ldschl. Lt. A	3 1/2	98,75 B.
do.	4	
do. neu do.	3 1/2	98,75 B.
do. do. I. II.	4	
Wstp. Rittr	3 1/2	97,90 bz
do. neul. II.	3 1/2	98,70 B.
Pommer.	4	103,10 G.
Posensch.	4	103,10 G.
Preuss.	4	103,25 bz
Schles.	4	103,10 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	105,00 G.
Bayer. Anleihe	4	107,40 G.
Brem. A. 1892	3 1/2	98,25 B.
Hmb. Sts. Rent.	3 1/2	98,40 G.
do. do. 1886	3	86,75 G.
do. amort. Anl.	3 1/2	98,10 B.
Sächs. Sts. Anl.	3 1/2	
do. Staats-Rnt.	3	88,00 G.
Prss. Präm-Anl.	3 1/2	
M. Pr.-Sch. 40 T	—	401,00 bz
Bad. Präm.-An.	4	140,10 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	142,75 G.
Brnsch. 20 T. L.	—	104,50 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	133,25 G.
Dess. Präm.-A.	3 1/2	
Ham. 50 T.-L.	3	136,30 bz
Lüb. 50 T.-L.	3 1/2	129,25 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	28,40 G.
Oldenb. Loose	3	127,60 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	45,50 bzG.
do. do.	5	45,75 bzG.
Bukar. Stadt-A.	5	97,90 bzB.
Buen. Air. Obl.	5	36,70 bz
Chines. Anl.	5 1/2	105,20 bzG.
Dän. Sts.-A. 86.	3 1/2	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3 1/2	94,20 bz
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,10 G.
Griech. Gold-A	5	70,90 bzG.
do. cons. Gold	4	54,25 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	62,00 bzG.
Italien. Rente	5	93,00 bzG.
Kopenh. St.-A.	3 1/2	93,50 bzB.
Lissab. St. A. I. II	4	51,50 bzG.
Mexikan. Anl.	6	82,30 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,00 bz
Norw. Hyp-Obl	3 1/2	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	98,50 bzB.
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	
do. do.	5	
do. Silb.-Rent.	4 1/5	82,90 bz
o. 250 Fl. 54.	4	
do. Kr 100 (58)	—	340,00 B.
do. 1860er L.	5	129,60 bzG.
do. 1864er L.	—	338,00 bzB.
Poln. Pf-Br. I-V	5	67,50 bzG.
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,50 bzG.
Portugies. Anl. 1888—89	—	32,25 bz
Raab-Gr. Pr.-A.	4	97,60 bzG.
Röm. Stadt-A.	4	90,80 G.
do. II. III. VI.	4	85,00 G.
Rum. Staats-A.	4	84,50 bz
do. Rente 90	4	84,60 B.
do. do. fund.	5	102,90 bz
do. do. amort.	5	98,40 G.
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. St. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	98,40 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4 1/2	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	68,70 bz
III. Orient 1879	5	69,75 bzG.
Nikolai-Obl	4	98,90 bzG.
Pol. Schatz-O.	4	96,25 G.
Pr.-Anl. 1864	5	161,60 bz
do. 1866	5	150,25 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	106,40 G.
do. neue	4 1/2	101,30 bzG.
Schwedische	3 1/2	96,90 G.
Schw. 1890	3 1/2	96,90 G.
do. d. 1888	3	87,80 bz
Schw. Hyp.-Pf.	4 1/2	102,50 bzG.
Serb. Gld-Pfdb.	5	89,50 G.
do. Rente	5	79,30 bzG.
do. neue 85	5	78,90 bzG.
Stockh. Pf. 85.	4 1/2	102,80 B.
do. St.-Anl. 85	4	102,10 bzG.
Span. Schuld.	4	64,75 bz
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	33,00 bzG.
do. do. C.	1	22,50 bzG.
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	93,50 bz
do. Eg Trib-Anl.	4 1/4	
Ung. Gld-Rent.	4	97,50 bz
do. Gld.-Inv.-A.	5	101,90 G.
do. do. do.	4 1/2	101,50 bzG.
do. Papier-Rnt.	5	84,30 G.
do. Loose	—	271,00 bzB.
do. Tem-Bg.-A.	5	88,70 bz
Wiener C.-Anl.	5	106,50 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	65,00 bz
Altenbg.-Zeitz	—	203,75 bz
Crefelder	4	79,00 bzG.
Crefld-Uerdng	0	68,50 bzG.
Dortm.-Ensch.	4 1/2	108,30 bz
Eutin.-Lübeck	—	44,75 bz
Frnkf.-Güterb.	1	73,00 bzG.
Ludwsh.-Bexb.	9 1/4	227,00 G.
Lübeck-Büch.	—	140,75 bz
Mainz-Ludwsh	—	115,75 G.
Marnb.-Mlawk.	1/2	68,75 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,90 G.
Ostpr. Südb.	—	77,10 bz
Saalbahn	—	26,00 bzG.
Stargrd-Posen	4 1/2	
Weimar-Gera	—	16,90 bz
Werrabahn	—	70,10 bz
Albrechtsbahn		
Aussig-Teplitz	—	441,00 bzB.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7 1/2	
Brünn. Lokalb.	—	84,10 bzB.
Buschtherader		206,30 G.
Canada Pacifb.	5	84,00 bzB.
Dux-Bodenb	—	
Galiz. Karl-L.	4 1/2	
Graz-Köflsch.	—	115,00 bz
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4 3/4	84,75 bz
Lemberg-Cz.	6 1/2	109,75 B.
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	92,00 bz
do. Nordw.	—	
do. Lit. B. Elb.	—	
Raab-Oedenb.	—	29,80 bz
Reichenb.-P.	—	83,10 bz
Südöstr. (Lb.)	—	51,20 bzB.
Tamin-Land	0	2,20 bz
Ungar.-Galiz.	5	86,40 bz
Balt. Eisenb	3	67,70 B.
Donetzbahn	5	103,50 bzG.
Ivang. Domb.	5	102,75 bz
Kursk-Kiew	12,80	
Mosco-Brest	—	69,75 bz
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	77,70 G.
Wrsch.-Teres.	5	102,25 bz
Wrsch.-Wien.	—	200,50 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	107,00 bzG.
Gotthardbahn	—	161,00 bz
Ital. Mittelm.	5	102,70 bz
Ital. Merid.-Bah	7 1/5	129,90 bz
Lüttich-Lmb.	—	25,20 bz
Lux. Pr. Henri	—	72,60 bzG.
Schweiz. Centr	—	126,20 bz
do. Nordost	—	112,80 G.
do. Unionb.	—	79,40 bz
do. Westb.		
Westsicilian.		64,75 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4 1/2	113,30 G.
Bresl.-Warsch.	—	57,50 bzG.
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-Bodnb AB.	—	
Paul-Neu-Rup.	—	111,70 B.
Prignitz	4 1/2	103,10 G.
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	—	114,50 bz
Marienb Mlawk	—	111,00 bzG.
Mecklb. Südb.	—	26,00 bzG.
Ostpr. Südb.	—	109,50 bzG.
Saalbahn	—	93,00 G.
Weimar-Gera		86,25 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Breslau-Warschauer Bahn	5	
Gr. Berl. Pferde Eisenbahn	4	102,00 G.
Oberschl.	3 1/2	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4 1/2	
do. do.	3 1/2	
Werrab. 1890	4	102,00 bzB.
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4 1/2	103,30 G.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr.	5	109,80 G.
do.	4	100,90 B.
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgb g	4 1/2	
do. do. 1890	4	82,00 bzG.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,90 G.
Kronp Rudolfb.	4	82,20 G.
do. Salzkammg	4	101,75 bzG.
Lmb Czern. stfr	4	81,70 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	84,60 G.
do. Staats-I. II.	3	108,80 G.
do. Gold-Prio.	4	101,70 G.
do. Lokalbahn	4 1/2	
do. Nordwestb.	5	92,60 G.
do. NdwB. G-Pr	5	
do. Lt. B. Elbth.	5	92,60 B.
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	70,40 G.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
Rchb Gold-Prior.	4	
Südöst-B. (Lb.)	3	66,00 bz
do. Obligation.	5	105,50 G.
do. Gold-Prior.	4	99,00 bz
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo gar	5	99,90 bz
Gr. Russ. Eis. g	3	79,80 G.
Ivang.-Dombr. g.	4 1/2	101,10 bzG.
Kozlow-Wor. g.	4	93,00 bzG.
do. 1889	4	93,90 bz
do. Chark. As. (O)	4	93,00 bzG.
do. (Oblig.) 1889	4	93,75 bz
Kursk-Kiew conv	4	94,50 bzG.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	67,90 bz
do. Kursk gar.	4	88,25 B.
do. Rjäsan gar.	4	
do. Smolensk g.	5	102,80 G.
Orel-Griasy conv	4	93,10 G.
Poti-Tiflis gar.	5	107,00 B.
Rjäsan-Kozlow g	4	94,20 bzG.
Rjaschk-Morcz. g	5	102,40 bzG.
Rybinsk-Bolog.	5	93,75 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	95,30 bzG.
Transkaukas. g.	3	79,20 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,00 G.
Warsch.-Wien n.	4	99,50 bz
Wladikawk. O. g.	4	94,90 bz
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	91,10 bzG.
Gotthardbahn ov.	4	103,25 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	58,10 bzG.
Süd-Ital. Bahn	3	
Serb. Hyp.-Obl.	5	83,00 bzG.
do. Lit. B.	5	79,80 bz
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4 1/2	100,50 G.
Northern Pacific	6	114,10 bz
San Louis-Franc.	6	107,50 B.
Southern Pacific	6	112,10 bzG.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3 1/2	94,00 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3 1/2	113,40 bz
do. do. II.	3 1/2	108,10 bz
do. do. III. abg.	3 1/2	99,70 G.
do. do. IV. abg.	3 1/2	99,70 G.
do. do. V. abg.	3 1/2	95,00 bzG.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 G.
do. do.	4	102,90 bzG.
do. do.	3 1/2	96,25 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 1900)	4	103,50 bz
do. do. (rz 100)	3 1/2	95,50 G.
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,40 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	130,60 G.
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,50 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,50 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,60 G.
do. do. (rz. 115)	4 1/2	115,90 G.
do. do. X. (rz. 110)	4 1/2	111,40 bz
do. do. (rz. 100)	4	101,40 bzG.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	102,00 G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	97,25 bzG.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bzG.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3 1/2	97,00 bzG.
Pr. Hyp.-B. I, (rz. 120)	4 1/2	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,00 bzG.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	97,60 G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4 1/2	
do. do. do.	4	103,00 bzG.
do. do. do.	3 1/2	97,40 bzG.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,90 G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	96,60 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4 1/2	105,90 G.
do. do. (rz. 110)	4	
do. do. (rz. 100)	4	101,40 bzG.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	—	67,50 bzG.
Berl. Cassenver.	4 1/2	133,10 bz
do. Handelsges.	—	151,90 bz
do. Maklerver.	8 1/4	129,50 bzG.
do. Prod-Hdbk.		105,50 G.
Börsen-Hdlsver.	6 1/2	139,10 G.
Bresl. Disc.-Bk.	—	103,00 bzB.
do. Wechslerbk.	—	98,75 bzB.
Danz. Privatbank	—	134,50 bz
Darmstädter Bk.	—	144,70 bzG.
do. do. Zettel	—	102,00 G.
Deutsche Bank	—	171,70 bz
do. Genossensch	—	119,90 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	—	117,75 G.
Disc.-Command	—	188,80 bz
Dresdener Bank	—	158,25 bz
Gothaer Grundcreditbank	—	90,50 bzG.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	—	
Leipziger Credit	4 3/4	178,00 bzG.
Magdeb. Priv.-Bk	—	108,30 G.
Maklerbank	5	116,90 bzG.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	—	135,80 G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	—	111,20 bzG.
Mitteld. Crdt.-Bk.	—	104,40 G.
Nationalbk. f. D.	—	119,60 bz
Nordd. Grd.-Crd.	—	90,00 bzG.
Oester. Credit-A	—	185,20 bz
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	—	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	4 1/2	
Pr. Bodencr.-Bk.	—	130,90 bz
do. Cnt-Bd 60 pCt	—	158,00 bzG.
do. Hyp.-Akt.-Bk	6 1/2	121,50 bzG.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	105,00 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	219,00 bzG.
do. Leihhaus	—	92,25 G.
Reichsbank	—	150,30 bzG.
Russische Bank	—	
Schles. Bankver.	5 1/2	117,30 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	7 1/2	140,00 bzG.
Anglo Ct. Guano	—	157,00 G.
Bauges. Berl.-Charl.	7 1/5	1069,00 bz
Bauges. City St.-Pr.	—	79,00 B.
Bauges. Dtsche. Bau	—	80,75 bzG.
Bauges. Hann. St.-P.	—	73,00 B.
Bauges. Humb.	6	128,80 G.
Moabit	8	137,25 G.
Passage	3 1/2	71,00 bzG.
U. d. Linden	0	11,00 B.
Berl. Elekt.-W.	9	141,00 G.
Berl. Lagerhof	0	90,25 bzG.
do. do. St.-Pr	3	122,00 B.
Ahrens Br., Mbt.	0	56,25 bzG.
Berl. Bock-Br.	0	45,75 bz
Schultheiss-Br.	16	239,90 bzG.
Bresl. Oelw.	3	91,25 G.
Deutsche Asph.	4	86,50 B.
Dynamit Trust.	11	142,90 bz
Erdmannsd. Sp.	6	102,50 bzG.
Fraust. Zucker	0	100,00 bzG.
Glauz. Zucker	12	120,30 bz
Gummi Harburg-Wien	20	278,00 bzB.
do. Schwanitz	0	180,00 B.
do. Voigt Winde	8	131,10 bzG.
do. Volpl. Schldt.	5	97,10 G.
Hemmoor Cem.	4	107,50 bzG.
Köhlm. Strk.	4	
Körbisdf. Zucker	12	122,50 bz
Löwe & Co.	18	262,00 bzG.
Bresl. Linke	13 1/2	151,50 bz
do. Hofm.	13 1/2	141,00 B.
Germ. Vrz.-Akt.	6	83,70 B.
Görlitz ov.	8	117,75 G.
Görl. Lüdr.	10	146,50 G.
Grusonwerk	10	200,50 bz
H. Pauksch	2	66,00 G.
Schwarzkopff	18	247,00 bzG.
Stettin-Vulk.-B.	9	111,50 bz
Sudenburg	24	215,50 G.
O.-Schl. Cham.	3	72,90 bz
do. Port.-Cem.	5 1/2	76,75 B.
Oppeln. Cem.-F.	5 1/2	91,90 bz
do. (Giesel)	6	80,25 bzG.
Gr. Berl. Pferdb.	12 1/2	233,50 bzG.
Hamb. Pferdeb.	4	98,10 bz
Potsd. ov. Pfrdb.	4 1/2	
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zucker	3	74,00 bzG.
Schles. Cem.	9 1/4	126,75 bz
Stett. Bred. Cem.	4	92,00 B.
do. Chamott.	15	205,00 bzG.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13 1/3	133,90 bz
Berzelius	12	126,60 bzG.
Bismarckhütte	8	148,00 bzG.
Boch. Gusst.-F.	6 1/9	136,90 bzB.
Donnersmarck	—	89,00 G.
Dortm. St.-Pr. A.	1	66,20 bzB.
Gelsenkirchen	12	156,10 bz
Hibernia	12	123,10 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	—	43,30 G.
Inowracl. Salz	0	44,75 bzG.
König u. Laura	4	108,50 bzB.
Lauchham. ov.	6	104,90 bz
Louis. Tief. St.-Pr	4	112,25 bzG.
Oberschl. Bd.	2	56,00 bzG.
do. Eisen-Ind.	6	125,50 bzG.
Redenh. St.-Pr.	—	8,90 bz
Riebeck. Mont.	15	174,30 bzG.
Schles. Kohlw.	0	26,75 bzG.
do. Zinkhütte	18	187,25 bzG.
do. do. St.-Pr.	18	187,25 bzG.
Stolb. Zink-H.	2	45,75 bzG.
do. St.-Pr.	7	112,00 bzG.
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	38,00 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.